

Beschluss des Landesvorstandes der FDP Bremen am 5. Januar 2022

Libérale Werte umsetzen – LSBTIQ*-Rechte stärken!

Wir Freien Demokraten stehen für ein buntes und vielfältiges Bremen. Kein Mensch soll aufgrund der eigenen geschlechtlichen und sexuellen Identität Nachteile im gesellschaftlichen und privaten Leben erfahren. Als Liberale gehört für uns die rechtliche Gleichstellung von LSBTIQ* in allen Belangen genauso zu einer guten Politik wie die Unterstützung und Förderung einer aktiven LSBTIQ*-Kultur, die die gesellschaftliche Vielfalt im Land Bremen lebt. Als Freie Demokraten wollen wir den Gleichstellungsinteressen der LSBTIQ*-Community dienen und fordern -angeleitet von einem liberalen Weltbild- gleiche Freiheitsrechte für alle Menschen, unabhängig von ihrer geschlechtlichen und sexuellen Identität. Diese Forderung kennt keine Grenzen: Im Land Bremen, in der Bundesrepublik Deutschland, in der Europäischen Union sowie international fordern wir Freien Demokraten die Umsetzung liberaler Freiheitsrechte!

Rechtliche Gleichstellung

Als Liberale möchten wir nicht, dass der Staat seinen Bürgern Familien- und Lebensmodelle verweigert. Deswegen fordern wir eine völlige Gleichstellung sogenannter „Regenbogenfamilien“ und die Abschaffung diskriminierend wirkender Regelungen sowohl beim Zugang zur künstlichen Befruchtung als auch im Adoptionsrecht. Auch ohne Eheschluss oder eingetragene Lebenspartnerschaft muss die künstliche Befruchtung für lesbische Paare und Alleinstehende sowie die sofortige, rechtliche Anerkennung beider gleichgeschlechtlicher Elternteile ermöglicht werden. Eine europaweite, rechtliche Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften und die damit verbundene Gleichstellung von LSBTIQ*-Menschen sowie ihrer Lebensgemeinschaften halten wir für überfällig. Darüber hinaus fordern wir eine Anpassung des Artikel 3 unseres Grundgesetzes dahingehend, dass die sexuelle und die geschlechtliche Identität ebenfalls durch die Verfassung geschützt werden. Auch die Bremer Landesverfassung soll um den Schutz der geschlechtlichen Identität erweitert werden.

Prävention und aktives Diversity Management fördern

Leider sehen sich viele LSBTIQ* Menschen tagtäglich mit Diskriminierung und Ausgrenzung konfrontiert. Wir Freien Demokraten wollen deswegen nicht nur für mehr Akzeptanz werben, sondern fordern diese ein: Das Land Bremen muss eine „Null-Toleranz“-Politik gegen LSBTIQ*-Diskriminierung fahren, indem nicht nur staatliche Entscheidungsträger für Toleranz und Akzeptanz sensibilisiert werden, sondern auch zusätzliche Präventivarbeit in Schulen, Erziehungs-, Bildungs- und öffentlichen Freizeiteinrichtungen stattfindet. Wir Freien Demokraten wissen, dass die Wirtschaft und Gesellschaft Bremens und Bremerhavens von Diversität profitiert und

unterstützen deswegen den zunehmenden Bedeutungserhalt des Diversity-Managements. Auch in den Verwaltungen streben wir mehr gesellschaftliche Vielfalt über Formen des Diversity-Managements an.

Null Toleranz für Gewalt gegen LSBTIQ*

Gewalt gegen LSBTIQ*-Menschen gilt es zu verhindern. Neben Gewaltpräventionsprogrammen, muss der Rechtsstaat Hasskriminalität konsequent verfolgen und im Falle ihres Vorkommens schnell reagieren. Dazu sollten solche Straftaten auch entsprechend in der Statistik als LSBTIQ*-feindliche Taten aufgeführt werden. Wir Freien Demokraten wollen genügend Anlaufstellen und Schutzwohnungen für LSBTIQ*-Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität Gewalt erfahren, schaffen. Durch gut und bedarfsgerecht ausgestattete Hilfestellen wollen wir Gewaltprävention in allen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens ermöglichen und dabei insbesondere in sozial-schwierigen Stadtteilen Präsenz zeigen.

Queere Geflüchtete besonders schützen

Darüber hinaus sollen queere Geflüchtete besseren Schutz genießen und schon in den Aufnahmestätten der Kontakt zur Community erleichtert werden. Wer zu uns kommt, muss auch unsere liberalen Werte leben dürfen und akzeptieren. Aus diesem Grund müssen kultursensible Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen werden.

Präventionsprogramme im Sport

Im Sport sehen wir Freien Demokraten aktuell noch Defizite bei der Akzeptanz von LSBTIQ*-Menschen, weshalb wir Präventionsprogramme und Fanprojekte gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus im Sport unterstützen und in der Bremer Sportlandschaft verankern wollen.

Beratungsangebote für junge Menschen

Viele junge, nicht heterosexuelle oder sich nicht binär identifizierende Menschen haben Angst vor dem sogenannten „Coming Out“. Als Freie Demokraten wollen wir den Menschen diese Angst nehmen und eine „being yourself“-Mentalität kultivieren. Durch einen bedarfsorientierten Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote insbesondere für junge LSBTIQ*-Menschen wollen wir Menschen bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit fördern. Auch in Schulen soll das Coming Out durch die technische Möglichkeit zur Verwendung pädagogischer Namen, die nicht dem standesrechtlichen Namen entsprechen, gefördert werden.

Verbot sogenannter „Konversionstherapien“

Wir Freien Demokraten folgen der medizinischen Forschung, wenn wir sogenannte „Konversionstherapien“ für unwirksam und gesundheitsschädigend erklären. Ho-

mo-, Bi- und Transsexualität sind naturgegebene Merkmale einer Person und sollten nicht in gesundheitsschädigenden „Therapien“ zur Krankheit verkehrt werden. Deswegen fordern wir ein generelles Verbot dieser Form von „Behandlungen“.

Blutspendeverbot abschaffen – moderne Technologien nutzen

Der Ausschluss von der Blutspende von Männern, die Sex mit Männern haben, sowie von „Transsexuellen mit sexuellem Risikoverhalten“ muss neuen Kriterien unterworfen werden, sodass unabhängig von der sexuellen Orientierung die Qualität des Blutes bewertet wird. Die Ein-Jahres-Frist für Blutspenden ist willkürlich gewählt und fordert unrealistische Enthaltensamkeit. Wir Freien Demokraten fordern eine verstärkte Nutzung anderer labortechnischer Methoden als einen Ausschluss von der Blutspende zur Überprüfung der Qualität des Blutes. Einen faktisch generellen Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen von Blut-, Knochenmark- und Stammzellspenden lehnen wir ab.

Transsexuellengesetz reformieren

Der Gesetzgeber muss das Transsexuellengesetz so weiterentwickeln, dass die Personenstands- und Namensänderung ohne diskriminierende Hürden wie aufwändige Nachweispflichten hinsichtlich der transsexuellen Orientierung erfolgt. Trans- und Intersexuellen muss die Möglichkeit zur schnellen und einfachen Personenstands- und Namensänderung gegeben werden. (Des Weiteren fordern wir Freien Demokraten, dass die Solidargemeinschaft die Verwirklichung geschlechtsangleichender Behandlungen bei Transsexualität unterstützt und die dafür notwendigen Maßnahmen über die Krankenkassen finanziert werden. Die Nichtverwirklichung der eigenen geschlechtlichen Identität aufgrund finanzieller Hürden ehnen wir Freien Demokraten ab. Die Notwendigkeit der Maßnahmen soll dabei individuell und persönlich vom behandelnden Arzt festgestellt werden. Darüber hinaus sollten die Medikamente der HIV-Präexpositionsprophylaxe (PrEP) ebenso wie durch die gesetzlichen Krankenkassen auch durch die Beamtenbeihilfe erstattet werden. Hier muss der Staat der Verantwortung gegenüber seinen Bediensteten gerecht werden und die gesundheitliche Versorgung in Form von Erkrankungsprävention gegen HIV verbessern.

Kulturelle und ideelle Unterstützung der Community

Wir Freien Demokraten wollen ein buntes und vielfältiges Stadtbild, welches auch von der bunten und vielfältigen Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven geprägt werden soll. Die Sichtbarkeit der LSBTIQ*-Community wollen wir durch die Förderung von „Community-Spaces“, welche öffentlichkeitswirksam Raum für die freie Entfaltung einer weltoffenen LSBTIQ*-Kultur bieten, erhöhen. Das politische Engagement von LSBTIQ*-Menschen wollen wir fördern, indem Interessensvertretungen

Freie Demokraten

Landesverband
Bremen **FDP**

und Selbstorganisation für eine Förderung von LSBTIQ*-Rechten von den Freien Demokraten ideell unterstützt werden.